

Bochumer juristische Studien Nr. 74

Der Religionsbegriff des Grundgesetzes

Zugleich ein Beitrag zur Diskussion über die
"neuen Jugendreligionen"

Thomas Fleischer

Studienverlag Dr. N. Brockmeyer

Bochum 1989

GLIEDERUNGSeite:A. Einleitung

1

I. Das Bedürfnis nach einer Definition des Religionsbegriffs

1

- 1) Die rechtliche Bedeutung des Religionsbegriffs 1
 - a) Einschlägige Vorschriften des GG 1
 - b) sonstige Rechtsnormen 2
- 2) Die aktuelle Problematik 3
- 3) Das Erfordernis abstrakter Bestimmung des Religionsbegriffs 7

II. Der positivrechtliche Befund

8

- 1) Die Terminologie des Grundgesetzes 8
 - a) Bestandsaufnahme 8
 - b) Reduzierung auf drei Begriffsgruppen 9
 - aa) Glaube, Religion, religiöses Bekenntnis 10
 - bb) Weltanschauung, weltanschauliches Bekenntnis 11
 - cc) Gewissen 12
 - c) Schlußfolgerung 13
- 2) Die Systematik der Ausgestaltung 13
 - a) Die zentrale Bedeutung des Art. 4 Abs. 1,2 GG 13
 - b) Die Auslegung der Folgenormen 14

III. Das Ziel der Untersuchung

16

<u>B. Konstituierende Merkmale des Religionsbegriffs</u>	17
<u>I. Die Unbestimmtheit des Wortlauts</u>	17
1) Religion und Weltanschauung im allgemeinen Sprachgebrauch	17
a) Etymologie	17
b) Unsicherheiten im allgemeinen Sprachgebrauch	18
c) Der "Kernbereich" des allgemeinen Sprachgebrauchs	21
2) Besonderer (juristischer) Sprachgebrauch	22
<u>II. Der systematische Ansatz: Die Privilegierung von Religion und Weltanschauung</u>	23
1) Gegenüberstellung der einschlägigen Normen	23
2) Die vorbehaltlose Gewährleistung der Religions- und Weltanschauungsfreiheit	25
a) Die grundsätzliche Beachtlichkeit der vom GG vorgenommenen Differenzierungen	26
b) Keine Übertragung der Vorbehalte aus anderen Normen	29
aa) Kein Gesetzesvorbehalt aus Art. 5 Abs. 2 GG	30
bb) Kein Gesetzesvorbehalt aus Art. 140 GG i.V.m. Art. 137 Abs. 3 Satz 1 WRV	32
cc) Kein Gesetzesvorbehalt aus Art. 140 GG i.V.m. Art. 136 Abs. 1 WRV	33
(1) Die Kontroverse um Art. 136 Abs. 1 WRV als allgemeinen Gesetzesvorbehalt	34
(2) Art. 136 Abs. 1 WRV als spezieller Gleichheitssatz	36
(3) Ergebnis	40
dd) Ergebnis	41
c) Zusammenfassung	41

	<u>Seite:</u>
3) Die Schlußfolgerung von der Beschränkbarkeit auf die Schutzwürdigkeit	42
4) Ergebnis	44
<u>III. Der historische Ansatz: Anknüpfung an existierende Lehren</u>	45
1) Möglichkeiten und Grenzen der historischen Interpretation	45
a) Untersuchung der Entstehungsgeschichte	45
b) Die Rechtsnorm im weiteren historischen Kontext	47
c) Anknüpfung an die ursprüngliche Regelungssituation	47
2) Zwei unterschiedliche Grundansätze der Anknüpfung	48
a) Kritik der "statischen Anknüpfung"	49
b) Möglichkeiten der "dynamischen Anknüpfung"	54
3) Ansatzpunkte der Anknüpfung	55
a) Die inhaltliche Anknüpfung. Das GG als christliche Verfassung?	59
aa) Keine Beschränkung auf die von den großen Kirchen vertretenen Lehren	59
bb) Einbeziehung nichtchristlicher Lehren ?	60
(1) Tradition des GG	61
(a) Christlich-naturrechtliche Einflüsse im GG	61
(b) Das GG in der christlichen Tradition des mitteleuropäischen Kulturkreises	65
(c) Entwicklungsgeschichte der Religions- und Weltanschauungsfreiheit	67
(d) Ergebnis	68
(2) Entstehungsgeschichte	68
(3) Positivrechtliche Anhaltspunkte. Die invocatio dei in der Präambel	69
(a) Rechtliche Bedeutung der Präambel	70
(b) Bedeutung der invocatio dei für die Auslegung	71
cc) Ergebnis	76

	<u>Seite:</u>
b) Die räumliche Anknüpfung	76
aa) Tatbestandliche Unsicherheiten	77
bb) Keine Anhaltspunkte im GG	78
cc) Ergebnis	80
c) Die personale Anknüpfung. Die "sittlichen Grundanschauungen der heutigen Kulturvölker"	81
aa) Die Entwicklung der Rechtsprechung des BVerfG	82
bb) Ausschluß extremer Praktiken?	84
cc) Unbestimmtheit und Offenheit der Formel	86
(1) Abgrenzung der "Kulturvölker"	86
(2) Feststellung der "sittlichen Grundanschauungen"	87
(3) Ergebnis	89
dd) Zusammenfassung zur personalen Anknüpfung	89
4) Ergebnis der historischen Untersuchung	90

IV. Der teleologische Ansatz: Historischer und aktueller Sinn der privilegierten Gewährleistung

1) Die Ungeeignetheit äußerer Merkmale	92
2) Die innere Verbindlichkeit als Grund der erhöhten Schutzwürdigkeit	94
a) Bestätigung durch die Charakteristik des Kernbereichs	95
b) Hinweise aus der Verfassungssystematik	96
c) Folgerung aus dem Prinzip des Schutzes der Menschenwürde	98
d) Ergebnis	99

<u>V. Folgerungen für die Definition</u>	100
1) Das Gebot religiöser und weltanschaulicher Neutralität	100
2) Die "Selbstverständnis"-Diskussion. Zur grundsätzlichen Notwendigkeit einer verbindlichen Definition	104
a) Herleitung der "Selbstverständnis"-These	104
aa) Bisherige Anwendungen	104
bb) Übertragung auf die vorliegende Problematik	109
b) Gegenargumente	110
aa) Das Neutralitäts-Argument	110
bb) Das Gleichheits-Argument	112
cc) Das Werteordnungs-Argument	114
dd) Das Kompetenz-Kompetenz-Argument	115
ee) Das Schranken-Argument	116
(1) Gefahr der Zulassung extremer Praktiken	116
(a) Bedeutung der Frage schon für den Schutz von Religion und Weltanschauung selbst	117
(b) Gefahr der Zulassung extremer Praktiken als Konsequenz der "subjektivierenden Be- trachtungsweise"?	118
(2) Probleme bei der Kollision verschiedener Selbstverständnisse	121
(3) Ergebnis	123
ff) Das systematische Argument	123
gg) Ergebnis	125
c) Verbleibende Bedeutung des Selbstverständnisses	126
d) Ergebnis	126
3) Methode der Ermittlung der verbleibenden Kriterien	127
a) Fragwürdigkeit der inneren Verbindlichkeit als objektives Kriterium	128
aa) Probleme und Gefahren der Prüfung innerer Vorgänge	129
bb) Abgrenzungsschwierigkeiten zum Gewissen	130
cc) Verbleibende Bedeutung der inneren Verbindlichkeit	131

	<u>Seite:</u>
b) Möglichkeiten der Typisierung	133
aa) Problematik und verfassungssystematischer Hintergrund der Typisierung	133
bb) Zur Typisierung geeignete Kriterien	136
c) Ergebnis	137
<u>VI. Die Kriterien im einzelnen</u>	138
1) Anforderungen an die Thematik	138
a) Vorliegen einer bestimmten Thematik	138
aa) Indizwirkung der Thematik	139
bb) Bestätigung durch die Charakteristik des Kernbereichs	141
cc) Geringstmögliche Typisierung	141
dd) Ergebnis	142
b) Vereinbarkeit mit anderen Themen	143
aa) Kein genereller Ausschluß anderer Themen	144
bb) Stellenwert der Frage nach Herkunft und Sinn des Daseins	145
(1) Keine bloße Vorfrage	145
(2) Zentraler Mittelpunkt ?	147
(3) Ergebnis	149
c) Zur Unterscheidbarkeit von Religion und Weltanschauung in diesem Bereich	150
d) Ergebnis zur erforderlichen Thematik	150
2) Anforderungen an die Art der Bewältigung der Thematik	150
a) Erfordernis der "Geschlossenheit und Breite"?	151
b) Erfordernis der Eigenständigkeit ?	154
c) Garantie auch der Indifferenz	157
d) Zur Unterscheidbarkeit von Religion und Weltanschauung in diesem Bereich	159
e) Ergebnis	160

	<u>Seite:</u>
3) Anforderungen an den Inhalt	160
a) Keine inhaltlichen Kriterien	160
b) Konsequenz: Keine Trennung von Religion und Weltanschauung im Bereich der zentralen Garantien	161
c) Ergebnis	164
4) Ergebnis	164
<u>C. Die Schranken der Religionsfreiheit</u>	165
<u>I. Dogmatische Herleitung der Schranken</u>	165
1) Schutzgüter des GG	170
a) Unmittelbare Wertentscheidungen	173
aa) Der Regelfall: Normierung konkreter Rechte und Pflichten in begrenzten Lebensbereichen	173
bb) Ausnahmsweise: Unmittelbare Verbindlichkeit für die gesamte Rechtsordnung	174
b) Mittelbare Wertentscheidungen durch die Normierung staatlicher Pflichten	174
aa) Handlungspflichten	174
bb) Unterlassungspflichten	176
c) Objektive Garantien durch das effet-utile-Prinzip	177
d) Voraussetzungen einer mittelbaren Wertentscheidung für den geregelten Lebensbereich selbst	180
e) Zusammenfassung	182
2) Beachtlichkeit der Schutzgüter gegenüber Art. 4 Abs. 1,2 GG	182

3) Entscheidungsmaßstäbe im Fall der Kollision	185
a) Das Prinzip der praktischen Konkordanz und seine Konsequenzen	185
b) Besonderheiten für den Schutz von Religion und Weltanschauung	188
c) Zusammenfassung	189
4) Ergebnis	189

II. Exemplarische Darstellung einzelner Schranken 190

1) Beeinträchtigung geschützter Belange der Mitglieder einer Religionsgemeinschaft	191
a) Beeinträchtigung von in Grundrechten statuierten Werten	191
aa) Kollision mit dem objektiven Gehalt des Art. 4 Abs. 1,2 GG	192
(1) Der Konflikt zwischen kollektiver und individueller Freiheit	192
(2) Maximen der Abwägung	193
(a) Grundsätzlicher Vorrang der kollektiven Identität	193
(b) Fälle der übermäßigen Beschränkung individueller Freiheit	194
(3) Ergebnis	197
bb) Kollision mit dem objektiven Gehalt des Art. 2 Abs. 1 GG	197
b) Beeinträchtigung der Menschenwürde ?	198
c) Beeinträchtigung des Demokratieprinzips ?	198
d) Ergebnis	199
2) Beeinträchtigungen geschützter Belange der Allgemeinheit	200
a) Voraussetzungen einer Kollision	202
aa) Aufforderung zu Beeinträchtigungshandlungen	203
bb) Beeinträchtigung allein durch bestimmte Inhalte ?	204
cc) Ergebnis	207

	<u>Seite:</u>
b) Maximen der Abwägung	207
aa) Beeinträchtigung eines Verfassungsguts in seinem Kern	207
bb) Notwendiges Zurücktreten eines Verfassungsguts	208
cc) Ergebnis	210
<u>III. Zusammenfassung</u>	210
<u>D. Zusammenfassung und Thesen</u>	212